



SPD-Stadtverordnetenfraktion

Dr. Wulf Linder Fraktionsvorsitzender

SPD-Stadtverordnetenfraktion Aulweg 5 · 35392 Gießen

Herrn

Stadtverordnetenvorsteher



26.02.2002 d4/d10306

in der stadtverordneten-

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung ein Nachfolgekonzept für das nicht mehr existierende Frauennachttaxi bis zur Stadtverordnetensitzung am 08.05.2002 vor.

Begründung:

Die Koalition von CDU, FWG und FDP ist mit dem Wahlversprechen angetreten, in Gießen für mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zu sorgen. Zur Sicherheit für Gießener Bürgerinnen, besonders für junge Mädchen und ältere Frauen, gehört die Möglichkeit, auch in Abend-, Nach- und frühen Morgenstunden sicher in Gießen unterwegs sein zu können. Dies betrifft insbesondere auch berufstätige Frauen, die Nachtschicht oder Frühschicht arbeiten. Angesichts der gesellschaftlichen Tatsache, dass Mädchen und Frauen sehr viel häufiger von Gewalt bedroht sind, hat eine Kommune, die mehr Sicherheit verspricht, eine Verpflichtung, diese Sicherheit auch durch finanzielle Unterstützung zu gewährleisten.

Dr. Linder

Fraktionvorsitzender

	Datum	Sitzung Nr.	Beschluss:		
BAU					
SFJS	6.3.2002	8	Geandert mehrh ab		
SBK/HFWR				aktion Gleßen	
STV	8.5.2002	15	Countried mehrh- asodo		

17. Nachfolgekonzept für das nicht mehr existierende Frauennachttaxi

- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2002 -

Vorlage: 351/02

Die antragstellende Fraktion hat ihren Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport wie folgt geändert:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über ein Nachfolgekonzept für das nicht mehr existierende Frauennachttaxi bis zur Stadtverordnetensitzung am 08.05.2002 vor.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

Nachfolgekonzept für das nicht mehr existierende Frauennachttaxi - Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2002 -

Vorlage: 351/02

17.

Die antragstellende Fraktion ändert ihren Antrag wie folgt:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über ein Nachfolgekonzept für das nicht mehr existierende Frauennachttaxi bis nach der Sommerpause vor.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Nora Linder, Abel, Lenz, Wieczorek, Hamann, Bietz, Dr. Greilich, Dr. Dittrich, Schlotmann, Lange, von Lewinski, Dr. Linder, Koch-Michel und Bürgermeister Haumann.

Stv. Lange, SPD-Fraktion, beantragt das Wort zu einer Erklärung gem. § 44 GO der Stadtverordnetenversamlung.

"Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich nehme die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Haumann, insbesondere das Wort, ich hätte mich hier frech verhalten, zum Anlass für diese Erklärung.

Herr Haumann, dass Sie mir schmunzeln vorwerfen, dass lasse ich Ihnen noch durchgehen, dass ist meine Sache, dass kann Ihnen so egal sein, wie wenn jetzt in China ein Sack Reis umfällt. Aber, dass Sie meine kritische Bewertung Ihrer Politik als Frechheit bezeichnen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie haben schon die Stillosigkeit besessen, bei den Weihnachtsgrüßen, die Sie an jeden Stadtverordneten geschickt haben, bei mir den handschriftlichen Zusatz zu machen, Sie erwarten von mir in Zukunft einen konstruktiveren Umgangston. Herr Haumann, nehmen Sie zur Kenntnis, ich lasse mich von Ihnen nicht einschüchtern. Und wenn Sie meinen, auf diese Art und Weise mit einem führenden Vertreter der Opposition umgehen zu müssen, dann sage ich Ihnen, wenn Sie so dünnhäutig sind, dass Sie sachliche Kritik, kritische Bewertungen nicht verkraften, ohne dass Sie in übler Weise, in diffamierender Weise, in unflätiger Weise zurückschlagen, dann sind Sie als gewähltes Mitglied einer demokratischen Institution hier fehl am Platz. Wir sind hier Demokraten und ich vertrete die demokratisch gewählte Opposition und erwarte von Ihnen in Zukunft, dass Sie persönliche Diffamierungen und

Beurteilungen, wie frech, das können Sie zu Ihren Kindern sagen, die sind vielleicht frech, aber nicht gegenüber einem Vertreter der Opposition, der demokratisch gewählten Opposition. Sonst werden wir mal über Ihr Verhalten ganz ernsthaft diskutieren müssen."

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.

(Ja: SPD/GR/PDS; Nein: CDU/FWG/FDP/BLG)